

## **Bericht des Gemeinderats**

### **Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP) vom 2. Juni 2005: Der Gemeinderat muss endlich Umweltsünder bestrafen! (05.000235)**

In der Stadtratssitzung vom 1. Juni 2006 wurde das folgende Postulat Fraktion SVP / JSVP erheblich erklärt:

Der Gemeinderat hat dem „Ghüder“ mit teuren Plakat- und anderen Aktionen den Kampf angesagt. Doch wie es sich nun herausstellt, leider nur halbherzig. Seit Juni 2004 wurden einige wenige Abfallsünder gebüsst, da die Bussenregelung nur punktuell eingesetzt wird. Wie Anfragen ergeben haben, fehlt es an einem Konzept zur Umsetzung der Verordnung sowie an zusätzlichen Polizeieinheiten. Dies muss dringend geändert werden, wenn es der Gemeinderat wirklich ernst meint mit seinem Kampf gegen Berns Abfallproblem.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, ein Konzept zur Umsetzung der Verordnung auszuarbeiten. Dieses Konzept muss dem Stadtrat unterbreitet werden.

Zusätzlich muss der Gemeinderat dem Stadtrat die benötigten Personaleinheiten bekannt geben, die er zur Umsetzung des Auftrags benötigt.

Bern, 2. Juni 2005

*Postulat Fraktion SVP / JSVP (Peter Bühler, SVP); Margrit Thomet, Erich Ryter, Peter Bernasconi, Ueli Jaisli, Thomas Weil, Rudolf Friedli, Simon Glauser, Beat Schori*

## **Bericht des Gemeinderats**

Wie bereits in der Antwort des Gemeinderats vom 16. November 2005 ausgeführt, steigt die Anzahl der Verstösse gegen die Regeln der korrekten Abfallentsorgung stetig. Die Situation hat sich auch in der Zwischenzeit nicht verbessert. Vielmehr ist die Menge des illegal deponierten Abfalls bei Glas- und BüchSENSammelstellen sowie auf anderen öffentlichen Plätzen im Jahr 2006 angestiegen. Die Abfallentsorgung der Stadt Bern war stets besorgt, wild deponierten Abfall einzusammeln, nach Adressmaterial zu suchen und diesen Aufwand dem „Umweltsünder“, wenn möglich, im Rahmen eines fixen Betrags von Fr. 60.00 in Rechnung zu stellen. Allerdings ist die „Kehrichtpolizei“ der Abfallentsorgung, welche diese Aufgabe wahrnimmt, nur dann im Einsatz, wenn auch freie Personalressourcen verfügbar sind. Um Anzeige zu erstatten, zog die stationäre Sammlung der Abfallentsorgung die Flurpolizei bei. Diese wird nun allerdings mit der Reorganisation der Polizei (Police Bern) aufgelöst.

Seit dem 1. Mai 2007 ist das neue Abfallreglement zusammen mit der angepassten Abfallverordnung und dem neuen Tarif über die Abfallentsorgung in Kraft. Damit bietet sich die Möglichkeit, Widerhandlungen gegen das Reglement auf einer klaren Rechtsgrundlage zu ahnden. Die Abfallentsorgung hat die Möglichkeit, nicht nur eine Aufwandrechnung von fixen Fr. 60.00 zu stellen, sondern den tatsächlichen Aufwand zu verrechnen. D.h. der Rechnungsbetrag wird mindestens doppelt so hoch ausfallen wie bis anhin. Davon erhofft man sich eine abschreckende Wirkung und einen Lerneffekt bei den „Umweltsündern“. Zudem wird es aufgrund des neuen Abfallreglements möglich sein, in Zusammenarbeit mit dem Polizeiinspektorat eine Widerhandlung mit einer Busse zu ahnden.

Littering kann aufgrund von Bestimmungen im kantonalen Abfallgesetz sowie der kommunalen Abfallverordnung geahndet werden. Für den Vollzug von Tatbeständen gemäss kantonalen Ordnungsbussenverordnung ist heute die Stadtpolizei zuständig. Ab 1. August 2008 wird die Kantonspolizei zuständig sein, da es sich um eine so genannte Gerichtspolizeiaufgabe handelt.

In deutschen Städten, die im Abfallbereich mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, wird zur Verbesserung der Situation ein Ordnungsdienst eingesetzt. In Hamburg z.B. handelt es sich um eine zentrale Stelle, welche gegen illegales Abfalldeponieren, Sprayen oder Falschparkieren vorgeht. Wer im öffentlichen Raum Abfall liegen lässt oder Abfall wild deponiert und in flagranti erwischt wird, kann vom Ordnungsdienst vor Ort gebüsst werden. Der Ordnungsdienst kann im Unterschied zur Abfallentsorgung und zum Polizeiinspektorat nicht nur reaktiv, sondern auch aktiv vor Ort tätig werden.

Wie ebenfalls bereits in seiner Antwort vom 16. November 2005 ausgeführt, ist der Gemeinderat der Auffassung, dass Repression im Sinne von Bussen nur ein Element im Kampf um die korrekte Abfallentsorgung sein kann. Es braucht auch präventive Massnahmen, die - wie gemäss Abfallentsorgungskonzept 2003 vorgesehen - auf die Förderung der gemeinsamen Verantwortung für den öffentlichen Raum hinwirken. Dazu zählen neben intensiver Kommunikation, zusätzliche bevölkerungsnahe Entsorgungsangebote und Lenkungsmassnahmen. Verschiedene in diese Richtung zielende Massnahmen und Projekte sind in Angriff genommen worden:

- Kommunikation: Die Öffentlichkeitsarbeit wurde ausgebaut. Einerseits wird präventiv auf die Bewusstseinsbildung der Bürgerinnen und Bürger eingewirkt (z.B. Clean-Up Day), andererseits wird Wissen über die vorhandenen Entsorgungsmöglichkeiten vermittelt.
- Entsorgungsangebote: Seit dem 1. Januar 2006 ist das ÖkoInfoMobil in Betrieb. Zudem werden bis heute 4 von total 18 Quartierentsorgungsstellen betrieben.
- Abfallunterricht: Ab 2008 haben Schulen und Kindergärten die Möglichkeit, mit Unterstützung von Fachkräften und speziellen Lehrmitteln Abfallunterricht durchzuführen. Abfallunterricht ist eine bewährte Form, spezifisches Wissen auf breite Bevölkerungskreise zu übertragen.
- Projekt „Saubere Stadt“: Die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün hat im Frühling 2007 zusammen mit BERNMOBIL ein Projekt ausgelöst, welches die Koordination zwischen den verschiedenen mit dem Thema Sauberkeit befassten Stellen sowie die angebotenen Dienstleistungen in den Bereichen Reinigung, Prävention sowie Intervention und Repression optimieren soll. Resultate sind im 2. Halbjahr 2007 zu erwarten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ein weiteres Konzept zur Umsetzung der Verordnung - wie von der Postulantin gefordert - zurzeit nicht erforderlich ist. Mit der in Kraft Setzung des neuen Abfallreglements wurden klare Rechtsgrundlagen geschaffen, die die Ahndung gegen Widerhandlungen ermöglichen. Bevor allfällige weitergehende Massnahmen ergriffen werden, sollen nun Erfahrungen mit der Erteilung von Bussen gesammelt werden. Als weiterführende Massnahme könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einführung eines Ordnungsdiensts, wie es ihn in deutschen Städten gibt, geprüft werden. Die in diesem Zusammenhang neu zu schaffenden Stellen wären dem Polizeiinspektorat anzugliedern und würden eng mit der Abfallentsorgung und der Stadtregierung zusammen arbeiten.

Bern, 30. Mai 2007

Der Gemeinderat